

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

29.06.2020 / KW 26

„APA“ 29.06.2020

ADMIRAL Sportwetten setzt Fokus auf Kundenorientierung

Mit der erstmaligen Zertifizierung nach ISO 9001:15 setzt ADMIRAL Sportwetten den Fokus auf Qualitätskriterien, die auch regelmäßig überprüft werden.

Gumpoldskirchen (OTS) - Ziel der ISO-Zertifizierung war eine Optimierung des bestehenden Qualitäts- und Risikomanagements. Dabei wurde ADMIRAL Sportwetten von unabhängigen Experten einer genauen Prüfung unterzogen. Hinzu kam, dass bei diesem Audit auch zahlreiche bestehende Behördenauflagen im Sportwettbereich zu berücksichtigen waren.

Kundenorientierung spielt gerade beim stark umkämpften Markt für Sportwetten eine wesentliche Rolle. „Allein in Österreich sind mehr als 20 Mitbewerber präsent. Von diesen wollen wir uns durch besondere Servicequalität abheben. Unsere Kundenorientierung wurde im Zuge der ISO-Zertifizierung nun von externen Auditoren gründlich überprüft und offiziell bestätigt“, freut sich Paul Kozelsky, Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH, über die erlangte Zertifizierung.

Über ADMIRAL

ADMIRAL ist die operative Dachmarke der NOVOMATIC AG, einem österreichischen Familienunternehmen der internationalen Spitzenklasse. Als Teil eines weltweit tätigen Konzerns und Marktführers der Gaming Technologie-Branche - der NOVOMATIC AG - kann ADMIRAL auf das seit mehreren Jahrzehnten bestehende Know-how in den Bereichen Sportwetten, Gaming Terminals und Gaming-Technologie eines Global Players zurückgreifen. Darüber hinaus pflegt ADMIRAL seit Jahren ihre österreichischen Wurzeln, die in Gumpoldskirchen liegen.

Die ADMIRAL Sportwetten GmbH bietet mit mehr als 30 verschiedenen Sportarten ein breites Sportwetten-Angebot und ist Nummer 1 im österreichischen Wettgeschäft.

www.admiral.at



Jürgen Irsigler, Paul Kozelsky und Felipe Ludeña, Geschäftsführung ADMIRAL Sportwetten GmbH

Mittwoch, 24. Juni, 10 Uhr, Hofburg, Wien. Als Bundeskanzler Sebastian Kurz hinter der Plexiglasscheibe Platz nimmt, die Auskunftspersonen im „Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“ von den fragenden Abgeordneten trennt, lächelt er noch. Dann ist der Kameranäher vorbei. Es folgt ein vierstündiger Tanz um den heißen Brei. Die Befragung im Zeitraffer: Politische Postenbesetzungen? Das System sei nicht optimal, aber er habe es nicht erfunden – und in Details sei er nicht eingebunden gewesen. Parteispender? Gab es und habe er mitunter getroffen – wie andere Leute auch.

Teilprivatisierungspläne für das strategisch heikle Bundesrechenzentrum? Hätten ihn eigentlich nicht interessiert. Verdächtige Handy-Nachrichten zwischen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und dem damaligen Finanzminister Hartwig Löger? Er sei doch nicht deren Erziehungsberechtigter. Kann der Ausschuss den dienstlichen Kalender des Kanzlers haben? Nein, dann darin stehen auch private Dinge. Ähnlich zäh verlief die Befragung von Finanzminister Gernot Blümel am Donnerstag. Zurück bleiben die aufwühlenden Erkenntnisse, dass Sebastian Kurz seine SMS löscht und Blümel angeblich keinen Dienst-Laptop hat. Die zur Schau getragene Nonchalance der ÖVP-Spitze kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie

nahe der Postenschacher bei den Casinos Austria – der bekanntlich auch die Justiz beschäftigt – an Personen aus dem türkisen Führungszirkel heranreicht. Die Nervosität steigt. Gegen Ende der Woche geriet auch noch der von der ÖVP gestellte und von der Opposition heftig kritisierte Ausschussvorsitzende Wolfgang Sobotka weiter unter Druck. Die Verfahrensrichterin warf das Handtuch.

Doch der vordergründige Eiertanz um die SMS und den Kalender des Kanzlers wirft noch eine ganz andere Frage auf: Welche potenziellen Beweismittel konnte die Staatsanwaltschaft trotz intensiver Ermittlungen bisher nicht auftreiben? Was fehlt, um das Puzzle vervollständigen zu können?

Türkiser Honig

Gelöschte Kanzler-SMS, ein Finanzminister ohne Laptop, viele Erinnerungslücken und ein Vorsitzender unter wachsendem Druck. Die ÖVP-Granden gaben sich im Ibiza-Untersuchungsausschuss betont nonchalant. Doch die Nervosität steigt.

VON STEFAN MELICHAR
UND JAKOB WINTER



Die gelöschte Republik

Es war ein Hausbesuch der besonderen Art: Am 27. Jänner 2020 um 11 Uhr betrat ein Oberstaatsanwalt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in Begleitung von IT-Experten und Kriminalbeamten die ÖVP-Parteizentrale in der Wiener Lichtenfelsgasse. Im Gepäck hatten die Ermittler eine Sicherstellungsanordnung für einen E-Mail-Account, und zwar für einen ÖVP-Account des türkischen Strippenziehers und nunmehrigen Chefs der Staatsholding Öbag, Thomas Schmid. ÖVP-Bundesgeschäftsführer Axel Melchior war gerade außer Haus. Telefonisch teilte er mit, er werde in die Zentrale kommen und einen Rechtsbeistand mitbringen, denn: „Die ÖVP hat nicht so viel Erfahrungen in Bezug auf Hausdurchsuchungen.“ So ist die Aussage in einem Amtsvermerk festgehalten.

Letztlich stellte sich heraus, dass der Schmid-Account bereits im Mai 2018 gelöscht worden war. Seitens der ÖVP-IT-Abteilung hieß es, es werde zwar

ein Back-up auf einer DVD erstellt, dieses werde aber nach sechs Monaten vernichtet. Die Ermittler mussten unverrichteter Dinge abziehen. Sie nahmen lediglich einen Ausdruck aus dem internen Auftragsystem der ÖVP-IT mit. Darin hieß es am 18. Mai 2018: „Folgende Postfächer sollen gelöscht werden (Liste von Axel Melchior abgesegnet)“. Angeführt waren Accounts von 36 Personen, die entweder auf „oevp.at“ oder auf „team-kurz.at“ endeten – darunter auch jener von Schmid.

Doch nicht nur in der ÖVP-Zentrale gestalteten sich Ermittlungen wenig ergiebig: Die WKStA richtete im Dezember 2019 ein Amtshilfeersuchen an das Finanzministerium. Man fragte unter anderem nach E-Mail-Sicherungen und Diensthandys von Thomas Schmid, der vor seinem Öbag-Job Generalsekretär und Kabinettschef im Ministerium war, und von Ex-Finanzminister Hartwig Löger.

Das Finanzministerium (BMF) teilte der WKStA jedoch mit, dass die Mailbox gelöscht worden sei: *„Eine aus Anlass des Amtshilfeersuchens durchgeführte Nachfrage bei der BRZ GmbH für den konkreten Fall hat ergeben, dass eine Wiederherstellung dieser Daten nicht mehr möglich ist. Ebenso wurden die Notebooks der beiden Personen nach dem Ausscheiden sicher gelöscht und eine Wiederherstellung der Daten ist ebenfalls nicht mehr möglich.“* Lögers Diensthandy und ein Diensttelefon von Schmid waren noch vorhanden: *„Es befinden sich jedoch keine Daten mehr auf den Geräten, da diese gelöscht und auf Werkseinstellungen zurückgesetzt wurden.“*

Lediglich die Daten eines zweiten Diensthandys von Schmid waren noch nicht gelöscht, da dieses in einer Cloud registriert war und deshalb nicht auf Werkseinstellungen zurückgesetzt werden konnte. Für dieses Gerät fehlte allerdings der Code. Sonst gab es nur noch Daten Schmidts in zwei Ordnern im BMF-Dokumentensystem. Die WKStA muss also hoffen, im Staatsarchiv fündig zu werden, wohin sieben Kartons mit „Schriftgut“ von Löger und ein Datenträger „mit Schriftgut aus Kabinettsakten“ wanderten. Zumindest Minister-E-Mails sollten eigentlich dem Archiv übergeben werden. Eine Kontrolle auf Vollständigkeit findet dort allerdings nicht statt.

Kein Schriftl

Fest steht schon jetzt, dass sich in den Löger-Kisten im Staatsarchiv zu wichtigen Gesprächen, die der damalige Minister geführt hat, keine inhaltlichen Aufzeichnungen finden werden. Dies ergibt sich aus dem Protokoll seiner Beschuldigteneinvernahme vom 11. Dezember 2019, die profil vorliegt. Löger sagte: *„Ich weiß nicht, wie dies von anderen Ministern gehandhabt wurde, aber ich habe keine Aktenvermerke gemacht. ... Wir haben vereinbart, dass wenn es von der fachlichen Seite her notwendig ist, die Referenten des Kabinetts Termine vor- oder auch entsprechend nachbereiten und auch begleiten. Gerade die Gespräche auf Ebene Komarek (Karel Komarek, Eigentümer der Casag-Großaktionärin Sazka, Anm.) wurden nicht protokolliert. Da ging es darum Klarheit und Verständnis zu erzeugen.“* Warum „Klarheit und Verständnis“ einer



KURZ, BLÜMEL, SCHMID
Das türkise Trio wies eine Beteiligung an blauen Affären nach. Doch an einer Aussage Schmidts gibt es Zweifel.



WOLFGANG SOBOTKA
Wird der Vorsitzende
des U-Ausschusses
selbst zum Untersu-
chungsgegenstand?



HARTWIG LÖGER
Der frühere
Finanzminister legte
keine Aktenvermerke
zu Gesprächen an.

Verschriftlichung entgegenstehen, geht aus dem Einvernahmeprotokoll nicht hervor. Jedenfalls habe Löger auch für sich selbst keine Gedächtnisprotokolle angefertigt.

Casag-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner legte nach einem Telefonat mit dem Minister sehr wohl eine solche Notiz auf seinem Handy an. Darin war von einem „Hintergrund Deal mit den Blauen“ die Rede, weshalb der von Novomatic gepushte FPÖ-Bezirksrat und damalige Casag-Vorstandskandidat Peter Sidlo „ein Muß“ gewesen sei. Die Bestellung Sidlos zum wohl dotierten Finanzvorstand wertet die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihrer Verdachtslage bekanntermaßen als Teil eines illegalen Deals zwischen den Freiheitlichen und Novomatic. Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe.

Leben und leben lassen

Thomas Schmid zog während der türkis-blauen Regierungszeit als Generalsekretär des Finanzministeriums und Kabinettschef von Minister Hartwig Löger die Strippen. Vom blauen Ex-Koalitionspartner wird er gar als „Schattenfinanzminister“ beschrieben, der nicht nur Budgets paktierte, sondern auch Personalbesetzungen.

In den Chats vermittelt der Kurz-Vertraute das Bild eines umtriebigen Zampanos. Schmid stand mit nahezu allen zentralen Akteuren der Causa Casinos in Kontakt – er lud Novomatic-CEO Harald Neumann ins Finanzministerium ein, organisierte Treffen und Telefonate zwischen Löger und Novomatic-Eigentümer Graf und stimmte sich mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache ab.

Handy-Chats deuten jedenfalls darauf hin, dass Schmid in den Plan involviert war, Sidlo auf einem Ticket der Novomatic zum Vorstand der Casinos Austria AG zu bestellen, denn die Novomatic hatte als Teileigentümerin der Casinos ein Nominierungsrecht für den Dreivorstand. Novomatic-Chef Neumann schrieb im Jänner 2019 an Heinz-Christian Strache, zwei Monate vor der Sidlo-Bestellung: „*Bettina Glatz-Kremsner ist auf unserer Seite. Thomas Schmid auch.*“ Strache hatte zuvor Neumann gefragt, ob er sich „*bezüglich Peter Sidlo*“ auf Neumanns Wort verlassen könne.

Am Tag der Bestellung Sidlos zum Casag-Finanzvorstand schrieb Schmid an Strache: „*Danke für das echt coole Vertrauensvolle Gespräch heute! Taugt mir sehr! LG Thomas.*“ Strache antwortete: „*Ganz auf meiner Seite. Ist mir wichtig. Leben und leben lassen. Und anständig und fair miteinander umgehen! Lg HC.*“ Einen Tag vorher war Schmid übrigens zum Alleinvorstand der 20 Milliarden Euro schweren Beteiligungsholding Öbag ernannt worden, die etwa die staatlichen Anteile an Post, OMV und Casinos verwaltet. Wohl auch deshalb wird Schmid als Beschuldiger in der Casinos-Causa geführt – wobei er alle Vorwürfe vehement zurückweist.

Vor dem U-Ausschuss versuchte Schmid, seine Rolle kleinzureden. Er erklärte, „dass für Angelegenheiten des Glücksspiels oder des Zolls Staatssekretär Fuchs auch direkt auf die Experten des Hauses

zugreifen konnte, ohne die Schleife über ein Kabinett drehen zu müssen“. Soll heißen: FPÖ-Mann Fuchs hätte eigenständig die Fachabteilung für Glücksspiel kontaktieren können und Gesetzesentwürfe beauftragen können – schließlich war er formal für Glücksspiel zuständig.

Doch profil vorliegende Einvernahmeprotokolle widersprechen dem: Sowohl der Leiter der Glücksspiel-Abteilung im Finanzministerium als auch sein Stellvertreter gaben gegenüber Ermittlern an: „Es gab damals die Dienstanweisung, nicht direkt mit dem Staatssekretär zu kommunizieren. Die Kommunikation sollte über das Kabinett des Bundesministers laufen.“ Und: „Wir hatten keinen Kontakt zum Büro des Staatssekretärs. Es gab überhaupt keine direkte Kommunikation. Alle Informationen, die DDr. Fuchs bekommen hat, hat er im Ministerbüro bekommen.“

Demnach hätte Fuchs im Finanzressort gar keine Reform des Glücksspielgesetzes anstoßen können, ohne Schmid und Löger einzubeziehen. Zu diesem Widerspruch befragt, erklärte Schmidts Anwalt: „So weit unserem Mandanten erinnerlich, gibt es ein diesbezügliches E-Mail“ – mit dem das Sprechverbot für Beamten mit FPÖ-Mann Fuchs aufgehoben worden sein soll. Und: „Fuchs hatte bei vielen Themen (u. a. auch beim Budget, der Steuerentlastungsreform, Finanzpolizei usw.) engen und direkten Kontakt mit den zuständigen Beamten.“ In den profil vorliegenden Akten findet sich jedoch kein solches Mail.

Parteiische Unparteiische?

Ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, ÖVP, für den Vorsitz des Ibiza-Untersuchungsausschusses geeignet? NEOS, SPÖ und FPÖ beantworten diese Frage seit Wochen mit einem klaren Nein. Der Vorwurf: Befangenheit und Parteilichkeit. Sobotka hat eine gewisse Nähe zu zentralen Akteuren der Causa Casinos. So taucht sein Name mehrmals im Terminkalender von Novomatic-Eigentümer Johann Graf auf. Außerdem hat das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Sobotka ist, einen Kooperationsvertrag mit Novomatic. Und schließlich war der ehemalige Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel zuvor einmal für die Medienagenden Sobotkas zuständig.

Am vergangenen Freitag wurde dann noch bekannt, dass bei der WKStA Ende Mai eine anonyme Anzeige betreffend die Kooperation des Mock-Instituts mit der Novomatic eingelangt ist. Die Ermittler prüfen derzeit, ob sie Ermittlungen einleiten – oder nicht. Sobotka will vorerst als Vorsitzender weitermachen.

Ganz sicher nicht weitermachen wird die bisherige Verfahrensrichterin Ilse Huber. Die Juristin, die zuletzt am Obersten Gerichtshof tätig war, wirkte im Ibiza-Ausschuss nicht immer souverän. Am vergangenen Donnerstag eskalierte die Lage durch ein Missgeschick: NEOS-Mandatarin Stephanie Krisper vergaß nach ihrer Befragung, ihr Mikro abzuschalten. Manche Zuhörer wollen den Satz „Die geht ma am Oasch“ vernommen haben. Die NEOS-Mandatarin erklärte später, sie habe bloß die allgemeinen Umstände im Ausschuss gemeint. ■

„Kurier“ 27.06.2020

Ein absehbarer Abschied

U-Ausschuss. Der Rücktritt der Verfahrensrichterin kommt alles andere als überraschend.

Der große Konflikt bleibt bestehen – nämlich der Streit um die Vorsitzführung durch Wolfgang Sobotka

VON CHRISTIAN BÖHMER

Sie hat genug, jetzt geht sie. Ilse Huber, vormals Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofes und Verfahrensrichterin im Ibiza-Untersuchungsausschuss, hat ihre Funktion zurückgelegt.

Sie habe bei den Sitzungen „unsachliche und persönliche Angriffe“ erleben müssen, schrieb die frühere Höchststrichlerin am Freitag der Parlamentsdirektion. Und nachdem am Donnerstag für sie persönlich eine „Grenze überschritten“ worden ist, habe sie sich entschieden, das Amt abzugeben.

Mit der Grenzüberschreitung meint Huber eine Äußerung Stephanie Krispers, der Fraktionsführerin der Neos im U-Ausschuss. „Die geht ma am Oasch“, hatte Krisper versehentlich ins noch aktivierte Mikrofon gesagt.

Beteuerungen, sie habe nicht Huber, sondern die Gesamtsituation gemeint, liefen ins Leere. Für Huber war der Fall klar – ihr reicht es.

Die in dieser Form einzigartige Demission einer Verfahrensrichterin markiert für ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl einen „Tiefpunkt“ bzw. noch mehr: „Wir haben dank Neos und Co den Tiefpunkt bereits unterschritten“, wettete der Bürgerliche.

Tatsächlich ist die Sache komplizierter und der Abgang nicht allein mit dem unflätigen Sager zu erklären.

Denn selbst in den Reihen der Kanzlerpartei verfestigte sich mit zunehmender Dauer der Eindruck, dass sich Huber – im Unterschied zum zweiten Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl – in Amt und Rolle alles andere als wohl fühlt.

Formal haben Verfahrensanwältin bzw. -anwalt den Vorsitzenden zu unterstützen. Die Idee: Der Verfahrensrichter wacht als „graue Eminenz“ über dem Ausschuss.

Während also die Fraktionen von Huber erwarten durften, dass sie auf die formalen Abläufe achtet und et-

Ilse Huber wirft das Handtuch; Ausschussvorsitzender Sobotka steht ebenfalls in der Kritik



wa bei Entschlagungen eine starke Rolle einnimmt, vermittelte die Richterin selbst mitunter den Eindruck, vor allem auf die Rechte der Auskunftspersonen zu achten.

Das „Problem“: Das ist nicht ihr Job, dafür gibt es einen zweiten Unparteiischen – den Verfahrensanwalt.

Streit um den Vorsitz

Auch was die formale Unterstützung des Vorsitzenden Sobotka angeht, konnte man bisweilen meinen, es sei andersrum: Sobotka sprang der Verfahrensrichterin öfter zur Seite, weil diese ihre liebe Not damit hatte, im (parti-) politischen Schlagabtausch die Oberhand zu behalten.

Aus Sicht der Opposition ist mit Hubers Rücktritt eine „Problemstelle“ behoben.

Eine andere, für FPÖ, SPÖ und Neos gravierende, bleibt aber: die Vorsitzführung durch Wolfgang Sobotka.

Wie berichtet stoßen sich die drei Fraktionen stilistisch und inhaltlich an Sobotka. Er agiere zu „ÖVP-freundlich“ – und er, befangen.

Wie kann man das begründen? Im U-Ausschuss geht es auch darum, ob Parteien über den Umweg von partei-nahen Vereinen Spenden bekommen haben.

In diesem Zusammenhang wird das Alois-Mock-Institut untersucht, das im Vorjahr kolportierte 5250

Euro vom Glücksspielkonzern Novomatic bekommen haben soll. Initiator und Präsident des Alois-Mock-Institut ist Wolfgang Sobotka.

Am Freitag langte eine anonyme Anzeige bei der Justiz ein. Für Neos, FPÖ und SPÖ war das einmal mehr der Anlass, Sobotkas Rücktritt als Ausschuss-Vorsitzender zu fordern.

Die Grünen und mit ihr Fraktionsführerin Nina Tomaselli tun sich da wesentlich schwerer – immerhin geht's indirekt um die Koalitionspartner ÖVP. Ihre Position: Erst wenn sich der Verdacht gegen Sobotka erhärte, sei der Vorsitzende wirklich befangen.

Sobotka: „Ich weiche keinen Zentimeter“

Ausschuss-Vorsitzender kontert Angriffe

KURIER: Herr Sobotka, die Opposition fordert, dass Sie als Vorsitzender des Ibiza-U-Ausschusses zurücktreten sollen. Werden Sie das tun?

Wolfgang Sobotka: Nein. Ich weiche keinen Zentimeter. Denn was hier passiert, ist politisches Mobbing. Ich habe das alles schon einmal in Niederösterreich erlebt, wo es acht oder zehn Anzeigen gegen mich gab und jede Anzeige gegen mich eingestellt wurde. Damals hat die SPÖ Plakate mit der Aufschrift „Untreue“ gegen mich plakatiert.

Es gibt jetzt eine anonyme Anzeige gegen das Alois Mock Institut, das Sie gegründet haben, weil Sie Veranstaltungen mit Novomatic gemacht und Inserate von Novomatic erhalten haben. Das ist für Sie als Vorsitzender keine Befangenheit?

Ich habe diesen kleinen Thinktank, der sich frei finanziert, im Jahr 2012 gegründet, bin weder aktiver Obmann noch Kassier, sondern nur eine Art Ehrenpräsident. 2019 haben wir zwei Inserate von Novomatic über insgesamt etwas mehr als 5.000 Euro bekommen und zwei Veranstaltungen gemacht, wo es eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wer bleibt, wenn alle gehen?“ über die Abwanderung in den Balkanländern gab. Das hat die Novomatic interessiert. Es ist eine Sauerei, wie versucht wird, einen kleinen Verein ins schiefe Licht zu rücken.

Und die Treffen mit Novomatic-Eigentümer Graf?

Ich habe im Zuge der Arbeiterkammerwahl einige Unternehmen abgeklappert, darunter auch die Novomatic und dabei Herrn Graf getroffen.

Ausgerechnet zwei Wochen bevor Peter Sidlo zum Casinos-Vorstand ernannt wurde?

Das war reiner Zufall. Mein Kalender zeigt, dass ich an diesem Tag einige Termine in Unternehmen hatte.

Die Verfahrensrichterin Ilse Huber hat jetzt das Handtuch geworfen, nachdem Neos-Abgeordnete Stefanie Krisper über sie „Die geht mir am Oasch“ gesagt hat. Was passiert jetzt?

Die Opposition macht diesen U-Ausschuss zum reinen Chaos. Sie wollen nur mehr ihre Wünsche durchsetzen und nutzen jede Gelegenheit, um untergriffen zu werden. Der Rücktritt von Frau Huber ist ein Ergebnis dieses respektlosen Umgangs. Frau Huber hat sich vorgestellt, dass ein U-Ausschuss im feinen Stil einer Gerichtsverhandlung abläuft. Sie war am Donnerstag mit den Nerven fertig und hat geweint.

Man wirft Ihnen auch vor, dass Sie heikle Fragen nicht zulassen?

Ich habe mich kein einziges Mal gegen die Entscheidung des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes gestellt.

IDA METZGER

„Infos zu Casag“ bei Sobotkas Novomatic-Besuch

Neue Unterlagen lassen Zweifel an Sobotkas Unbefangenheit wachsen

Wien – Kann Wolfgang Sobotka (ÖVP) Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses bleiben? Die Fraktionsführer der Oppositionsparteien halten den Parlamentspräsidenten schon länger für befangen und fordern seinen Rückzug aus dem Ausschuss.

Chatverläufe, die dem STANDARD vorliegen, deuten an, dass während Sobotkas Besuch in der Zentrale des Glücksspielkonzerns Novomatic sehr wohl über das Thema Casinos gesprochen wurde. Sobotka war am 13. März 2019 bei Novomatic-Gründer Johann Graf, Aufsichtsratschef Bernd Oswald und dem damaligen Pressesprecher K., der einst auch Sobotkas Sprecher war. Es sind Wochen der Entscheidung bei den Casinos, 15 Tage später sollte der FPÖ-Politiker Peter Sidlo dort zum Finanzvorstand ernannt wer-

den. Sobotka gab bislang an, nichts damit zu tun zu haben. Doch während seines Besuchs schrieb Oswald an den damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann, dass er gerade bei Graf sitze und „kurze Infos zu Casag“, also zur Casinos Austria AG, brauche. Laut Graf Kalender war Sobotka zu diesem Zeitpunkt – 15.48 Uhr – anwesend. Sobotkas Büro sagt: „Die Casinos waren nie Thema“.

Streit um Institut

Bereits zuvor hatten SPÖ, FPÖ und Neos in einer gemeinsamen Pressekonferenz den Rückzug Sobotkas gefordert. Anlass war, dass das Alois-Mock-Institut, dem Sobotka als Präsident vorsteht, offensichtlich „behördlich untersucht“ werde. Die Novomatic hatte im Report des Vereins Inserate geschaltet. Das Schreiben des Jus-

tizministeriums, auf das sich die Opposition bezieht, liegt dem STANDARD vor. Dort heißt es, dass es „bislang lediglich einen (...) anonymen Hinweis“ gegeben habe. „Die Prüfung, ob hinsichtlich der darin erhobenen Vorwürfe ein Anfangsverdacht besteht und folglich Ermittlungen zu führen sein werden, ist derzeit noch im Gange.“ Das Ministerium hat Bedenken bezüglich einer Aktenvorlage, um Ermittlungen nicht zu gefährden.

Am Freitag verlor der Ibiza-U-Ausschuss dann auch noch seine Verfahrensrichterin Ilse Huber. Sie zog sich wegen unsachlicher und persönlicher Angriffe zurück, „die auch mich mit einbezogen haben“. Huber bezog den „Die geht mir am Oasch“-Sager auf sich, den Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper am Donnerstag im Ausschuss äußerte. Krisper betonte, dass nicht Huber gemeint sei. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl sprach von „Mobbing“. (jan, fsc)



**Sie hat schon
genug:
Richterin
Ilse Huber.**

Foto: APA/Schlager

„Standard“ 26.06.2020

Ein Finanzminister, kaum Erinnerung und kein Laptop

Im U-Ausschuss fiel Finanzminister Gernot Blümel mit großen Erinnerungslücken auf. Die SPÖ will ihn deshalb wegen Falschaussage anzeigen. Auch zu möglichen Spenden des Novomatic-Konzerns an die ÖVP habe er „keine persönliche Wahrnehmung“.

Aloysius Widmann, Renate Graber

Als Organisationstalent mit strategischem Weitblick will Gernot Blümel (ÖVP) wahrgenommen werden. Als Finanzminister mit lückenhaftem Rückblick trat er jedoch am Donnerstag im Ibiza-Untersuchungsausschuss auf. „So ein junger Mensch, der sich an nichts erinnern kann“, kommentierte der Neos-Mandatar Helmut Brandstetter die Befragung Blümels auf Twitter. Nachsatz: „Ich mache mir Sorgen um die Finanzen in Österreich.“

Die Erwartungen an die Befragung des Intimus von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) waren im Vorfeld groß. Schließlich war Blümel als Europaminister und Regierungskoordinator eine Schlüsselperson innerhalb der türkis-blauen Regierung, um deren vermeintliche Korruption es im U-Ausschuss geht. Absprachen über Personaldeals dürften also über seinen Tisch gewandert sein.

An vieles, das in diese Zeit fiel, konnte sich Blümel am Donnerstag aber partout nicht erinnern. Er könne für sich etwa abschließen, „dass ich mich an ein Gespräch über Peter Sidlo erinnere“, so Blümel. Von der Bestellung des FPÖ-Bezirksrats zum Finanzvorstand der Casinos habe er über die Medien erfahren, erklärte Blümel.

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer zählte während der Befragung mit – und kam auf 86 Erinnerungslücken. Es sei unglaublich, „dass sich jemand nach zwei Jahren in einem Ministeramt an so wenig erinnern kann“, sagte Krainer. Die SPÖ will Blümel deshalb wegen Falschaussage anzeigen.

Blümel taucht in Chats auf

Blümel wurde auch geladen, weil sein Name in den sogenannten Casino-Chats auftaucht. Thomas Schmid, damals noch Kabinettschef unter Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), schrieb im April 2018 an Ex-Novomatic-CEO Harald Neumann: „Bitte auch Gernot Blümel sagen! Hast du das gestern nicht angesprochen?“ Neumann antwortet: „hab ich! [...]“ – es ging um die Anzahl der Casinos-Vorstände und darum, dass es bei drei Mitgliedern bleiben soll. Schmid, der am Mittwoch vom Ausschuss befragt wurde, ist inzwischen Chef der Staatsholding Öbag.

Der U-Ausschuss will unter anderem herausfinden, ob es ein Gegengeschäft gab, das ÖVP-Mann Schmid an die Spitze der Staatsholding und den blauen Sidlo in den Vorstand der Casinos geholt hat. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wiederum geht dem Verdacht nach, dass es einen Deal zwischen der Casinos-Aktionärin Novomatic und der FPÖ gegeben habe: Posten gegen Glücksspiellizenzen. Beide weisen das von sich.

Blümel scheint eine längere Beziehung zum Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann gehabt zu haben (siehe Text unten). Auf eine Nähe zur Novomatic zielte auch die Befragung Blümels vor dem U-Ausschuss. Zu möglichen Spenden der Novomatic an die ÖVP meinte Blümel nur, dass er keine Wahrnehmung dazu habe. „Persönlich“ habe er keine Wahrnehmung dazu, präzisierte er auf die Frage, ob er Spenden abschließen könne. Angesprochen auf Gespräche mit handelnden Akteuren der Novomatic erklärte Blümel bloß allgemein, dass viele Personen Anliegen an Politiker herantragen würden. Die Novomatic äußert sich grundsätzlich nicht zu Aussagen von Auskunftspersonen vor dem U-Ausschuss.

Novomatic zahlte insgesamt 200.000

DER STANDARD hatte in der Ausgabe vom 13. Juni 2020 übrigens irrtümlich berichtet, dass die Novomatic „seit 2017 laufend pro Jahr 200.000,00 Euro“ an das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) gezahlt hätte. Richtig ist, dass für die Dauer von drei Jahren insgesamt 200.000 Euro als Kooperationsbeitrag geleistet wurden.

Im U-Ausschuss jedenfalls für Frustration bei der Opposition sorgte am Donnerstag – wie schon bei der Befragung von Kanzler Kurz tags zuvor –, dass Blümel keine E-Mails, Nachrichten oder Kalender-Einträge vorlegte, wie sich Neos-Fraktionssprecherin Stephanie Krisper auf Twitter beschwerte. Die „ordnungsgemäße Übergabe“ von Datenträgern habe in der Verantwortung der Mitarbeiter gelegen, sagte der Minister zur Schredder-Affäre. So viel zu übergeben dürfte Blümel übrigens nicht gehabt haben, geht es nach seinen Ausführungen zu seiner Ausstattung als Minister. So habe er lediglich ein Handy als Arbeitsmittel benutzt. „Meine Arbeitsweise ist eine effiziente“, so die Begründung des Ministers. Auf Instagram inszenierte er sich allerdings arbeitend im Flugzeug – mit Laptop.

Wie lange Blümel noch Minister ist? Im Herbst soll er seine Partei als Spitzenkandidat in die Wien-Wahl führen, bestätigt die Wiener ÖVP. Dass der U-Ausschuss sich negativ auf sein Wahlergebnis auswirken könnte, glaubt Politikanalyst Peter Plaikner nicht: „Wenn nichts Stichtagliches beim U-Ausschuss herauskommt, dürfte dieser bei der Wien-Wahl keine große Rolle spielen. Wichtig dürften Themen sein, die die Wähler auch im Alltag beschäftigen.“

Allerdings gibt es unter Experten auch Stimmen, die bezweifeln, dass Blümel überhaupt in die Stadtpolitik wechseln wird. „Blümel ist bundespolitisch nicht ausreichend angeknackst für einen zwingenden Wechsel nach Wien. Er führt mit

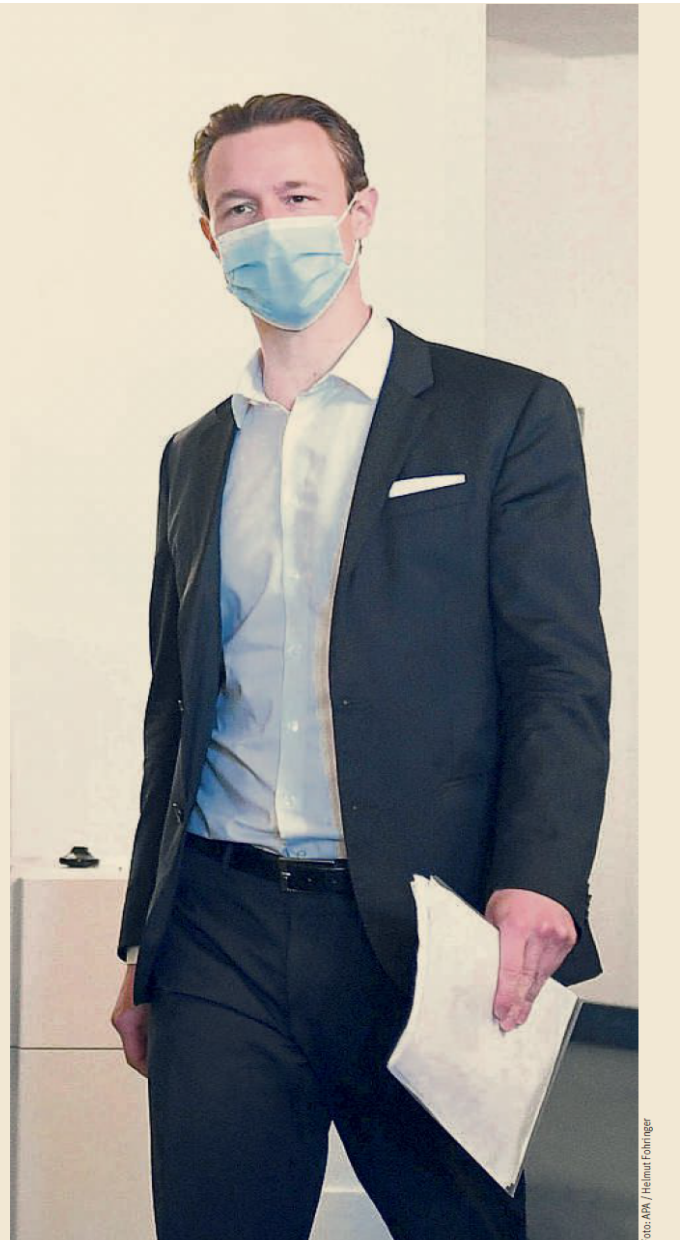


Foto: APA / Helmut Fohringer

Finanzminister Gernot Blümel braucht keinen Laptop – ein Handy tut es auch. Das sei effizienter, so der Minister.

dem Finanzministerium ein wichtiges Ressort. In Wien hingegen winkt ihm laut aktuellen Umfragen keine wirklich bedeutende Funktion“, erklärt Plaikner.

Das sehen nicht wenige so. Auch bei der Wiener SPÖ vermutet man, dass Blümel letztlich bloß die Wahl schlagen wird – ohne in die Stadt zu wechseln. Das werde man möglicherweise auch thematisieren,

heißt es. Es kursieren allerdings auch Gerüchte, wonach die ÖVP erwägt, mit Innenminister Karl Nehammer als Spitzenkandidat in die Wahl zu ziehen. Man sei dabei vorzufühlen, wer die Wähler besser anspricht. Die Wiener ÖVP dementiert diese Gerüchte allerdings äußerst energisch. „Nehammer ist ein denkbarer Spitzenkandidat“, glaubt auch Plaikner.

Wie gut kennen sich der ehemalige Novomatic-Chef Harald Neumann und Finanzminister Gernot Blümel? Man sei jedenfalls per du, sagte der ÖVP-Politiker am Donnerstag im U-Ausschuss. Dass deren Beziehung eine längere ist, zeigen allerdings E-Mails und SMS, die im Zuge der Casinos-Ermittlungen sichergestellt wurden.

Sie stammen aus dem Winter 2013: Damals liefen gerade Ermittlungen gegen Neumann im Zuge der Telekom-Affäre. Die hatten mit Neumanns früherem Job als Geschäftsführer der Sicherheitsfirma G4S Solutions zu tun. Es ging um Schadenersatzzahlungen nach einem geplatzten Deal zwischen G4S und der Telekom sowie um den Verdacht auf Geldwäsche. Später wird das Verfahren gegen Neumann komplett eingestellt werden, doch Ende 2013 ist er offensichtlich frustriert über die schleppenden Ermittlungen. Das zeigt ein intensiver Mailverkehr mit dem späteren Novomatic-Sprecher K., der jetzt auch Beschul-

Ex-Novomatic-Chef wollte Blümel als Briefträger an Justizminister

VP-Politiker sollte 2014 Beschwerde über Ermittlungen weiterleiten

digter in der Casinos-Affäre ist und einst Pressesprecher des U-Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) war.

„Habe an Mag. Blümel gedacht“

K. versorgte Neumann mit Neuigkeiten aus der Justiz, schrieb etwa: „Das Abarbeiten der ganzen Aktenkonvolute hat endlich begonnen, bin nach wie vor sehr zuversichtlich in deiner Sache.“

Als sich Anfang 2014 noch immer nichts tat, schmiedete Neumann offenbar einen anderen Plan. Er schrieb einem langjährigen Sektionschef eine E-Mail, in der er sich über das Verhalten von Spitzenbeamten

beschwert. Laut einem Bericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft moniert Neumann, dass Spitzenbeamter J. „seine Zusagen nicht hält, will er nicht, kann er nicht?“. Dazu schickte Neumann dem Sektionschef einen Brief („Sehr geehrter Herr Bundesminister docx.“) sowie eine Idee, wer den Brief an den neuen Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) überreichen könne: Gernot Blümel. „Ist neuer ÖVP BundesGf (Bundesgeschäftsführer, Anm.) und hat daher direkten Zugang oder hast du eine bessere Idee?“, fragte Neumann. Wenig später lösten sich dann Neumanns juristische Probleme: Am

7. Februar 2014 wurden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Im U-Ausschuss konfrontierte die grüne Fraktionsführerin Nina Tomaselli am Donnerstag Blümel mit den Vorgängen. Dieser konnte sich an keinen Brief erinnern und „wusste nicht, warum“ er für Neumann hätte intervenieren müssen. Neumanns Anwalt sagt, jeder Staatsbürger habe das Recht, sich mit seinem Anliegen an den Minister zu wenden. Blümel sei „aus der Erinnerung nicht involviert“ gewesen, das Verfahren eingestellt worden.

Brandstetter erklärt, dass er erst im Dezember 2013 als Minister angefangen habe und daher noch gar nicht wirklich im Amt gewesen sei. „Es hat keinen direkten Kontakt gegeben, auch keine direkte Kontaktaufnahme von Neumann oder Blümel“, sagt Brandstetter. Er habe das Verfahren Neumanns damals nicht gekannt und kenne es auch heute nicht. Wenn das Verfahren im Februar eingestellt wurde, müsse die Entscheidung vor seiner Amtszeit gefallen sein, glaubt Brandstetter. (fsc,jan)

Luise Ungerboeck

Bundesrechenzentrum und Post wurden personell verflochten

BRZ-Präsident Schnödl sitzt nun im Aufsichtsrat der gelben Post

Das Bundesrechenzentrum (BRZ) ist der Post letztlich doch nicht zuge wachsen. Zu dieser Geheim-Privatisierung kam es nach „Ibiza“ nicht mehr. Wohl aber wuchs der gelben Post ein Aufsichtsorgan des IT-Dienstleisters der Republik zu.

In der Hauptversammlung des vom Staat – im Wege seiner Beteiligungsgesellschaft Öbag – kontrollierten Brief- und Paketdienstleisters wurde am 17. Juni ein gewisser Maximilian Schnödl in den Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG gewählt. Und der im Silicon Valley lebende gebürtige Niederösterreicher ist niemand Geringerer als der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Bundesrechenzentrum GmbH.

Ins Post-Kontrollgremium geholt wurde der 36-jährige studierte Jurist (Wien, Harvard) von Thomas Schmid, seit einem halben Jahr Alleinvorstand der Staatsholding, der den Finanzministern Hans Jörg Schel-

ling und Hartwig Löger (beide ÖVP) als Generalsekretär zu Diensten war und den Rückbau der Öbib in die Aktiengesellschaft Öbag orchestrierte. Als Öbag-Chef und Vertreter des bestimmenden Aktionärs sitzt Schmid natürlich im Aufsichtsrat der Post und gilt, wie DER STANDARD berichtete, als treibende Kraft einer Übertragung des BRZ an die teilstaatliche gelbe Post.

Sein Gesprächspartner und Gegenüber im Bundesrechenzentrum könnte Schnödl gewesen sein, der dem BRZ-Aufsichtsrat seit 2014 angehört und 2017 zum Vorsitzenden avanciert war. Im Gegensatz zur BRZ-Geschäftsführung, die Stein und Bein

schwört, in das geheime Privatisierungsvorhaben nicht involviert gewesen zu sein, ja davon nicht einmal etwas geahnt zu haben, läge dies beim BRZ-Präsidenten hingegen nahe. Als Spezialist für elektronische Verwaltung („E-Government“) – 2017 verkaufte Schnödl Accela, den US-Marktführer für Verwaltungssoftware, als dessen COO und Finanzchef er fungierte – darf Schnödls Expertise zweifellos als Bereicherung für die unter Digitalisierungsdruck stehende gelbe Post bezeichnet werden.

Zufall oder nicht: Der Einzug in den Post-Aufsichtsrat könnte als Ersatz für den gescheiterten BRZ-Deal interpretiert werden.

Erklären wollte sich Schnödl diesbezüglich nicht. Eine Klarstellung zu seiner Rolle bei der Doch-nicht-Privatisierung des BRZ erfolgte am Donnerstag nicht.

BRZ-Insider sehen Schmid übrigens nicht als alleiniges Mastermind hinter der Aktion, die nun auf die berühmte Beamtenebene heruntergespielt wird. Auch Harald Neumann, bis vor wenigen Wochen Chef des Automatenkonzerns Novomatic, gehört in gewisser Weise zu Schmidts Netzwerk. Er war unter Finanzminister Karl-Heinz Grassers von 2003 bis 2006 Geschäftsführer des BRZ – und Schmid in Grassers Kabinett.

Die Parallelen sind auffällig, auch damals war die vor dem Börsengang stehende Post an einer Partner- und Eigentümerschaft mit dem BRZ überaus interessiert. Der Druck von Einkommensteuerbescheiden und Millionen anderer hoheitlichen Dokumente wäre damals aus Kostengründen in die Slowakei verlagert worden – hätte Beamtengewerkschafter Fritz Neugebauer nicht die Stopptaste gedrückt.

„Die Presse“ 26.06.2020

„Peter Sidlo fragte, ob es einen Job für die FPÖ gibt“

U-Ausschuss. Der Finanzminister hat massive Erinnerungslücken, der (deutlich ältere) Casinos-Aufsichtsratschef überhaupt nicht.

VON ANNA THALHAMMER, HANNA KORDIK UND HELLIN JANKOWSKI

Wien. Ein Finanzminister, der ohne Laptop arbeitet und ein ganz schlechtes Erinnerungsvermögen hat. Ein Aufsichtsratspräsident der Casinos Austria, der „aus persönlicher Befindlichkeit“ gegen FPÖler Peter Sidlo als Konzernvorstand war, und sich an vieles erinnert. Das waren die wesentlichen Erkenntnisse im Untersuchungsausschuss am Donnerstag.

Gernot Blümel

„Es ist mir nicht erinnerlich“. „Das ist im politischen Geschäft völlig normal.“ „Ich habe viele Gespräche geführt, Details weiß ich nicht mehr.“ Das waren in etwa die gesammelten Antworten des Finanzministers Gernot Blümel bei seiner Befragung. 86 Mal, so zählte die SPÖ mit, erinnerte sich Blümel im Ausschuss nicht. Auf die durchaus interessanten Fragen gab es kaum Antworten. Da ging es etwa um einen Brief von Blümel an den tschechischen Casinos-Miteigentümer, Sazka-Chef Karel Komárek, der sich um den Eigentümerstreit der Casinos dreht. Blümel meinte freilich, er habe mit Glücksspiel wenig zu tun gehabt. Warum er den Brief (ebenso wie Kanzler Sebastian Kurz und Ex-Finanzminister Hartwig Löger) unterschrieben hatte, wisse er nicht mehr. Ebenso wenig, mit wem er sich genau zu einer Glücksspielnovelle unterhalten habe, die in Planung war und dann zurückgezogen wurde. Nur dass es sich um Abstimmungsprobleme mit dem Koalitionspartner gehandelt habe.

Auch in der sogenannten Schredder-Causa gab es Wissenslücken. Blümels Kabinettschef hatte dem Mitarbeiter Arno M. den Auftrag gegeben, mutmaßliche Druckerfestplatten zu schreddern. Wer aber dem Kabinettschef den Auftrag erteilt hatte, wusste Blümel nicht. Auf die Frage, ob seine Festplatte geschreddert wurde, sagte er: „Ich hatte glaube ich gar keinen Laptop. Ich arbeite vom Handy.“ FPÖ-Abgeordneter Christian Hafenecker merkte süffisant an: „In-

teressant, dass man ein Ministerium mit einem Handy führen kann.“ An seine Tätigkeiten in diversen Vereinen, die an die ÖVP gespendet haben, erinnerte Gernot Blümel sich auch nicht im Detail. Nicht einmal, in welchen Vereinen er selbst Funktionen hatte: „Wir sind ein Land der Vereine“, sagte er.

Walter Rothensteiner

Ein deutlich besseres Erinnerungsvermögen hat Walter Rothensteiner, 67 Jahre alt. Sein Eingangsstatement, das er ausgesprochen rasch verlas, bot einige Informationen. Dass der Raiffeisen-Generalanwalt seit rund 25 Jahren Präsident des Aufsichtsrats der Casinos Austria ist – das ist nicht neu. Aber Rothensteiner schilderte die Ereignisse rund um die Bestellung von Peter Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand überraschend detailreich. Jedenfalls sei man im Lauf des Jahres 2018 in den Casinos Austria zur Erkenntnis gelangt, dass der damalige Konzernchef Alexander Labak abgelöst werden müsse. Nachdem der erst im Sommer 2017 den Chefessel übernommen hatte. Rothensteiner: „Labak hatte einen sehr speziellen Stil und einen forschenden Umgangston. Seine Arbeitsweise harmonisierte nicht mit dem Konzern.“

Der Vorstand sollte also umstrukturiert werden. Rothensteiner saß damals im Generalrat der Nationalbank – und dort saß auch Sidlo. Zufälligerweise sogar neben Rothensteiner. Im Ausschuss erzählte er, dass Sidlo ihn dort recht unverblümt gefragt habe, ob es für die FPÖ einen Posten in den Casinos Austria gebe. Rothensteiner im U-Ausschuss: „Da bin ich ausgeflippt. Die Art und Weise, wie Sidlo mit mir sprach, war der Grund dafür, dass ich über seine spätere Nominierung zum Vorstand nicht begeistert war.“ Es sei also ausschließlich eine „persönliche Befindlichkeit“ gewesen, er habe keinen Zweifel an der Qualifikation Sidlos gehabt. Und Rothensteiner stellt klar: Sidlo sei der Kandidat von Casinos-Großaktionär Novomatic gewesen, das sei zur Kennt-

nis genommen worden, aber „bei mir wurde nicht interveniert“.

Das passt freilich nicht zu einer mittlerweile publik gewordenen Aktennotiz, die Rothensteiner am 1. Februar 2019 verfasst hat. Zu dem Zeitpunkt war das Auswahlverfahren für die Bestellung des Casinos-Finanzvorstands im Gange und Rothensteiner notierte: Der damalige ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger habe mit Novomatic-Eigner Johann Graf konferiert, „der hat irgendeinen Hintergrunddeal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muss.“ Rothensteiner notierte weiter: „Habe Löger gesagt, dass ich damit eigentlich meine Funktion überdenken muss.“ Hat er offensichtlich nicht: Sidlo zog mit 1. Mai in den Casinos-Vorstand ein. Und Rothensteiner gibt im U-Ausschuss zu Protokoll: „Ich kann ausschließen, dass Löger in dem seinerzeitigen Gespräch eine politische Absprache erwähnt hat.“ Sonst gab er sich zugeknöpft – er wird in der Causa seit Ende 2019 als Beschuldigter geführt.

Interesse gab es natürlich auch am seinerzeitigen diskreten Treffen Rothensteiners mit dem Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek. Bei dem Treffen war auch ein weiterer Beschuldigter in der Causa, Josef Pröll, dabei. Was dort besprochen worden sei? Rothensteiner: Er habe dort bloß moniert, dass er nach der Razzia bei ihm im Herbst 2019 immer noch nicht sein Handy beziehungsweise sein iPad zurückbekommen habe.

Der Streit um Sobotka

Am Nachmittag sollte Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner drankommen. Doch dazu kam es nicht mehr, weil Befragungen zu lang dauerten und dann auch noch heftig gestritten wurde: Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka wollte sich einmal mehr von Parteikollegen Andreas Hanger vertreten lassen. Die Opposition war empört: Es könne nicht sein, dass der Vorsitz ausschließlich von ÖVPlern übernommen werde. Und nicht etwa von der 2. Nationalratspräsidentin Doris Bures.



Finanzminister Gernot Blümel sorgte wegen akuter Vergesslichkeit für Ärger.

[APA]



Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner (m.) war erstaunlich offen.

[APA]



Oft musste wegen Debatten über die Geschäftsordnung unterbrochen werden.

[APA]

„Die Presse“ 26.06.2020

Gastkommentar. Die öffentliche Hand sollte das Verkehrsbürogebäude von der Novomatic in Wien zurückkaufen.

Zurück ins öffentliche Interesse

VON MARTIN FRITZ

Laut der „Presse“ vom 15. Juni überlegt die Novomatic den Verkauf des sogenannten Novomatic-Forums gegenüber der Wiener Secession. Es wäre ein zeitgemäßer Schritt, wenn die öffentliche Hand das Gebäude des vormals staatlichen Österreichischen Verkehrsbüros zurückkaufen würde. Das Gebäude, 1922 bis 1923 errichtet, von den Otto-Wagner-Schülern Hermann Aichinger und Heinrich Schmid, verbindet das Areal von Naschmarkt und Secession mit dem angrenzenden Karlsplatz und könnte eine ideale Ergänzung für jenen – von öffentlichen Nutzungen geprägten – Großraum darstellen, der entlang des früheren Glacis die Wiener Innenstadt umfasst.

Eine derartige Entscheidung würde einen symbolträchtigen Kurswechsel signalisieren. Für den Moment kann offen bleiben, ob sich der Bund oder die Stadt Wien um das Gebäude bemühen sollten, denn die Signifikanz der Intervention liegt gerade in der einstweilen offenen Nutzungsfrage. Im ersten Schritt würde es reichen, das Gebäude dem privaten Immobilienmarkt wieder zu entziehen und es einmal im öffentlichen Interesse zu „parken“.

Sodann könnten im nächsten Schritt alle Erwartungen an öffentliche, zentrale Infrastrukturen – von Drogenberatungsstelle bis zu Galerie, Museum, Bibliothek, Kindergarten, Maker Space, Amtsgebäude, Ruheraum, Gaming Zone etc. etc. – etwa im Rahmen von Anhörungen und Konzeptwettbewerben manifest werden. Diese „Wunschproduktion“ – ein Begriff der Hamburger Stadtaktivisten Christoph Schäfer und Margit Czenki – müsste aktiv und aufsuchend betrieben werden, da der Kleinmut der politisch Verantwortlichen gegenüber Neugründungen seine Entsprechung in einer recht still gewordenen Initiativenlandschaft gefunden hat. Dabei wären Impulse notwendig, um auch ein halbes Jahrhundert nach den gründungsfreudigen 1970er- und

1980er-Jahren neue, teilhabeorientierte öffentliche Orte zu schaffen.

In dieser Diskussion müsste die eilfertige Gleichsetzung von Lage, Preis, Image und repräsentativer Nutzung vermieden werden. Ich gehe bei diesen Zeilen davon aus, dass sich räumliche und inhaltliche Begierde an unerwarteten Stellen wecken ließe, wenn man sich aktiv auf die Suche nach jenen Akteuren und Akteurinnen machte, die zu sehr daran gewöhnt sind, ihre Tätigkeiten nur in dezentralen, prekären und meist temporären Zwischennutzungen oder als Gäste in anderen Häusern zu entwickeln.

Eine andere Zielgruppe wären die vielen Beteiligten der Sozial-, Jugend- und Bildungsarbeit, die es sich verdient hätten, auch in der zentrumsnahen, kulturgesättigten Infrastruktur eine starke Rolle zu spielen. Mir ist bewusst, dass es im Moment darum geht, die einschlägigen Angebote auch im dezentralen Stadtraum zu erweitern, doch dieser Notwendigkeit steht ein „Recht auf Stadt als Recht auf Zentrum“ (Gabu Heindl) für sonst leicht Marginalisierbares entgegen.

Starken Akzent setzen

Viele andere Szenarien und Pläne wären vorstellbar. Doch bevor es hier zu detailliert und damit kontraproduktiv wird: Zentral ist vorerst die schnelle öffentliche Intervention, da sich derartige Veränderungspotenziale nur wenige Male im Jahrhundert zeigen.

Im Vordergrund sollte das Recht auf leistbare Nutzbarkeit öffentlicher, innerstädtischer Räume stehen, dem das Gemeinwesen durch die Nutzung eines ikonischen Gebäudes Rechnung trägt. Es besteht die Chance, einen starken politischen und stadträumlichen Akzent zu setzen. Man sollte diese Chance nutzen.

Martin Fritz ist Kurator, Berater und Publizist in Wien. Er war von 2016 bis 2020 Rektor der Merz Akademie in Stuttgart.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

„www.noen.at“ 26.06.2020

Casinos Austria nun mehrheitlich in tschechischer Hand

Die tschechische Sazka Group hält nun 55,48 Prozent an der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag).

Der Glücksspielriese Novomatic hat seinen Anteil von 17,19 Prozent nicht zuletzt wegen der Postenschacher-Affäre abgegeben. Sazka hatte schon zuvor den größten Anteil (38,29 Prozent) gehalten. Die Republik Österreich hält über die Staatsholding ÖBAG 33,24 Prozent, der Rest sind Kleinaktionäre.

"Die Sazka-Gruppe ist als einer der größten paneuropäischen Lotteriebetreiber bestrebt, maximale Anstrengungen für die Weiterentwicklung des Unternehmens und Produktinnovationen zu unternehmen", versprach Sazka-Chef Robert Chvatal am Freitag. Gemeinsam mit den Mitaktionären setze man sich dafür ein, den Wert von Casinos Austria zum Wohle aller Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der gesamten österreichischen Gesellschaft zu steigern.

Erst am Freitag war bekanntgeworden, dass bei den Casinos mehr als ein Viertel aller Jobs abgebaut werden könnten. Dem Aufsichtsrat werden Details des sogenannten ReFIT-Sanierungsprogramms am 8. Juli in einer Sondersitzung präsentiert. Außerdem wurden in der Aufsichtsratssitzung vier Personen neu ins Gremium gewählt, teilte Sazka mit. Man erkenne die Casinos Austria "als traditionelle österreichische Marke mit ihrem starken Bekenntnis zu den österreichischen Werten und dem österreichischen Erbe an", hieß es von den Tschechen weiters.

„APA“ 26.06.2020

Rien ne va plus - Tschechische Sazka hat Casinos-Austria-Mehrheit

Utl.: Syndikatsvertrag mit ÖBAG sollte bald unterschrieben sein - Vier neue von Sazka nominierte Aufsichtsräte

Wien/Prag/Gumpoldskirchen (APA) - Am Freitag ist die tschechische Sazka Gruppe endgültig zum mit Abstand größten Anteilseigner der Casinos Austria geworden. Der Kauf der Anteile des Glückspielriesen Novomatic (17,2 Prozent) wurde endgültig abgeschlossen. Nun halten die Tschechen 55,48 Prozent an den Casinos. Geplant ist ein Syndikatsvertrag mit der Republik Österreich - respektive der Staatsholding ÖBAG - die 33,2 Prozent besitzt.

Der Vertrag soll dem Vernehmen nach bald unterschrieben werden. Voraussetzung war der Kauf der Novomatic-Anteile durch Sazka. Dieser wurde heute in einer Aktionärsversammlung fixiert.

APA-Informationen zufolge ist der Anteil, den Sazka nun von Novomatic übernommen hat, gut 100 Mio. Euro schwer. Offiziell gibt es keine Angaben zum Kaufpreis. Sazka gab am Freitag bekannt, "dass alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen und das Unternehmen berechtigt ist, den ursprünglich von Novomatic AG gehaltenen zusätzlichen Anteil von 17,19 Prozent an Casinos Austria zu erwerben".

Novomatic wollte nicht zuletzt wegen der mutmaßlichen Postenschacher-Affäre, zu der der parlamentarische Ibiza-Untersuchungsausschuss unter anderem tagt, raus aus den Casinos. Novomatic wird dabei beschuldigt, mit der FPÖ einen Deal geschlossen zu haben, wonach der Konzern den FPÖ-Mann Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos gemacht haben soll, um dafür Glücksspiellizenzen zu erlangen. Alle Beschuldigten dementieren das.

Die Republik wollte die Novomatic-Anteile schlussendlich jedenfalls nicht übernehmen, so konnte die Sazka-Gruppe ihr Ziel verwirklichen und die Novomatic-Anteile schlucken.

Sazka wolle "maximale Anstrengungen für die Weiterentwicklung des Unternehmens und Produktinnovationen zu unternehmen", so CEO Robert Chvatal heute. "Gemeinsam mit anderen Mitaktionären setzt sich die Sazka Group dafür ein, den Wert von Casinos Austria zum Wohle aller Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der gesamten österreichischen Gesellschaft zu steigern."

Am Freitag war allerdings auch bekanntgeworden, dass bei den Casinos mehr als ein Viertel aller Jobs abgebaut werden könnten, wie der "Kurier" schrieb. Dem Aufsichtsrat werden Details des sogenannten ReFIT-Sanierungsprogramms am 8. Juli in einer Sondersitzung präsentiert.

Außerdem wurden heute vier Personen neu in den Aufsichtsrat der Casinos gewählt, teilte Sazka gesondert mit. Neu sind Kamil Ziegler, Pavel Saroch, Alena Bastis und Jan Matuska - allesamt von Sazka nominiert. Es handle sich um "international erfahrene Fachexperten, die auch ein tiefes Verständnis der internationalen Gaming Industry mitbringen". Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, Elisabeth Stern, Jürgen Kittel und Pavel Horak schieden dafür aus dem Gremium aus. Aufsichtsratschef ist Walter Rothensteiner, der erst gestern als Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss geladen war.

„APA“ 26.06.2020

Casinos Austria nun mehrheitlich in tschechischer Hand

Utl.: Sazka Group übernahm Novomatic-Anteile und hält nun mehr als 55 Prozent - Staat hält über ÖBAG 33,24 Prozent

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die tschechische Sazka Group hält nun 55,48 Prozent an der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag). Der Glücksspielriese Novomatic hat seinen Anteil von 17,19 Prozent nicht zuletzt wegen der Affäre rund um mutmaßlichen Postenschacher bei der Casag abgegeben. Sazka hielt schon zuvor mit 38,29 Prozent den größten Anteil.

Die Republik Österreich hält über die Staatsholding ÖBAG 33,24 Prozent der Casag. Der Rest sind kleinere Aktionäre.

"Die Sazka-Gruppe ist als einer der größten paneuropäischen Lotteriebetreiber bestrebt, maximale Anstrengungen für die Weiterentwicklung des Unternehmens und Produktinnovationen zu unternehmen", versprach Sazka-Chef Robert Chvatal in einer Aussendung am Freitag. Gemeinsam mit den Mitaktionären setze man sich dafür ein, den Wert von Casinos Austria zum Wohle aller Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der gesamten österreichischen Gesellschaft zu steigern.

Erst am Freitag war bekanntgeworden, dass bei den Casinos mehr als ein Viertel aller Jobs abgebaut werden könnten. Dem Aufsichtsrat werden Details des sogenannten ReFIT-Sanierungsprogramms am 8. Juli in einer Sondersitzung präsentiert. Außerdem wurden in der heutigen Aufsichtsratssitzung vier Personen neu ins Gremium gewählt, teilte Sazka mit. Man erkenne die Casinos Austria "als traditionelle österreichische Marke mit ihrem starken Bekenntnis zu den österreichischen Werten und dem österreichischen Erbe an", hieß es von den Tschechen weiters.

„APA“ 25.06.2020

U-Ausschuss - Rothensteiner verteidigte Bestellung Sidlos 1

Utl.: Casinos-Aufsichtsratschef schilderte Bestellvorgang und schloss politische Einflussnahme aus - Entschlagung bei Fragen zu eigenem Verfahren

Wien (APA) - Der Aufsichtsratschef der Casinos Austria, Walter Rothensteiner, hat vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss die Bestellung des Freiheitlichen Peter Sidlo in den Vorstand des Unternehmens verteidigt. "Ich würde keine Vorstandsbestellung vornehmen, wenn ich einen diesbezüglichen Verdacht hätte", sagte er zu Vorwürfen, es habe sich dabei um Postenschacher der türkis-blauen Regierung gehandelt.

Rothensteiner ist selbst in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt. In seinem Eingangsstatement vor dem Ausschuss machte er klar, dass er sich in Punkten, die das Verfahren gegen ihn betreffen, entschlagen werde. Bis heute habe er keinen Einblick in den Ermittlungsakt, auch sei er von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) noch nicht vernommen worden. Nicht einmal das beschlagnahmte Handy oder sein Tablet habe er zurückbekommen.

Wortreich schilderte Rothensteiner chronologisch, wie es zu der Bestellung Sidlos gekommen war. Man habe ein neues, modernes Team aufstellen wollen, die Trennung von Dietmar Hoscher sei unvermeidlich gewesen, da dieser nicht für einen "dynamischen, zukunftsorientierten Leitungsstil" gestanden sei. "Überhaupt war Herr Magister Hoschers Präsenz für dieses Unternehmen überschaubar", sagte Rothensteiner.

Im Aufsichtsratspräsidium sei daher beschlossen worden, dass jeder Großaktionär ein Vorstandsmitglied vorschlagen solle - Sidlo war der Vorschlag des Glücksspielkonzerns Novomatic. Auch die Personalberater hätten Sidlo für einen "kompetenten dynamischen jungen Mann" gehalten, argumentierte Rothensteiner. Mangelnde Erfahrung in diesem Bereich sollte das gesamte Team ausgleichen.

Rothensteiner gestand ein, das auch er anfangs Vorbehalte gegenüber dem FPÖ-Mann gehabt habe: "Ich war zuerst nicht begeistert, da ich mir auf rein persönlicher Ebene eine Zusammenarbeit mit Sidlo als eher schwierig vorstellte." Einige Zeit vor dessen Bestellung habe er ihn etwa gefragt, "ob es eigentlich auch für die FPÖ einen Job in der CASAG gebe". Die Skepsis sei aber "ausschließlich auf persönlicher Ebene" gelegen.

"In der Zusammenarbeit stellte sich heraus, dass meine persönlichen Befindlichkeiten eher unberechtigt waren", nahm Rothensteiner dann aber Sidlo beruflich in Schutz. Dessen Absetzung nach Aufkommen der Causa sei allein wegen dessen Verhaltens in dieser Zeit erfolgt. Politische Einflussnahme habe es jedenfalls nie welche gegeben, beteuerte Rothensteiner, denn "eine Vorstandsbestellung, die nicht in den Interessen der CASAG steht, würde ich nie unterstützen".

Auch jene Notizen sprach Rothensteiner von sich aus an, laut denen der damalige ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger mit Novomatic-Alleinaktionär Johann Graf konferiert haben soll, dass es "irgendeinen Deal" gebe. "Mir war keine Abmachung mit der FPÖ und Novomatic bekannt", meinte die Auskunftsperson dazu. Rothensteiner konnte aber nicht mehr sagen, "welche Formulierungen Löger verwendet hatte".

„APA“ 25.06.2020

Vermögen der reichsten Österreicher 2020 geschrumpft - "trend"

Utl.: Wegen Coronavirus-Pandemie - Aktuell gibt es 41 Milliardäre in Österreich

Wien (APA) - Das Vermögen der reichsten Österreicher ist wegen der Coronavirus-Pandemie und ihren Auswirkungen auf Aktienkurse und Dividendenzahlungen heuer geschrumpft. Laut dem Ranking des Magazins "trend" ist es im Jahresvergleich um 9 Prozent oder rund 15 Mrd. auf 155 Mrd. Euro gesunken. Die Spitzenreiter blieben dennoch dieselben wie im Vorjahr. In Österreich gibt es aktuell 41 Milliardäre.

Angeführt wurde das heurige Ranking erneut von den Familien Porsche und Piech mit einem Vermögen von 34,8 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das jedoch einem Minus von 2,2 Mrd. Euro. Dahinter folgte der Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz mit einem Vermögen von 14,7 Mrd. Euro. Auch bei ihm ist das Vermögen im Jahresvergleich um rund eine Milliarde Euro geschrumpft.

Rang drei belegte Novomatic-Gründer Johann Graf mit 5,75 Mrd. Euro (2019: 6,76 Mrd. Euro). Aufgrund der Coronakrise sei der Wert der Novomatic heuer tiefer angesetzt worden als im Vorjahr, heißt es am Donnerstag in dem Vorab-Bericht für den morgigen "trend".

Geringere Dividendenzahlungen aufgrund der Coronakrise belasteten die Finanzen der viertplatzierten Elisabeth Schaeffler, schreibt das Magazin. Gemeinsam mit ihrem Sohn Georg sitzt die Continental-Großaktionärin aber immer noch auf einem Vermögen von rund 5,6 Mrd. Euro, im Vorjahr wurde es noch auf rund 7 Mrd. Euro geschätzt. Der Immobilien-Investor Rene Benko belegte trotz der massiven Probleme mit dem deutschen Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof, der im Eigentum der Signa steht, mit einem geschätzten Vermögen von 4,3 Mrd. Euro Platz 6.

Zu den Aufsteigern im Ranking zählte auch heuer wieder Immobilienbesitzer und Montana-Tech-Eigentümer Michael Tojner. Profitieren konnte er von dem steigenden Kurs der Varta-Aktie, so der "trend". Im vergangenen Jahr belegte Tojner noch Rang 31 im "trend"-Ranking, heuer ist er mit einem Vermögen von rund 2,6 Mrd. Euro auf Rang 15 zu finden.

Neu in der Milliardärsliste ist Erich Erber (Rang 36 mit einem Vermögen von 1,1 Mrd. Euro), nachdem dieser vor einigen Wochen die Futtermittelsparte der niederösterreichischen Erber-Gruppe an den niederländischen Konzern Royal DSM verkauft hatte. Der frühere Milliardär Frank Stronach flog indessen aus der Liste raus. "Ein Streit innerhalb der Familie stellt seine Verfügungsgewalt über das Vermögen in Frage", hieß es in dem Bericht zur Begründung.

„APA“ 25.06.2020

trend-Ranking: Die 100 reichsten Österreicher

Utl.: Vermögen der Superreichen in Österreich erstmals seit langem gefallen: um knapp neun Prozent auf 155 Milliarden Euro.

Wien (OTS) - Familien Porsche und Piech führen weiterhin die Rangliste an.

Unternehmer Georg Stumpf und Erich Erber sind zwei der Aufsteiger.

In seiner morgen erscheinenden Ausgabe veröffentlicht das Wirtschaftsmagazin trend wieder sein traditionelles Ranking „Die 100 reichsten Österreicher“. Weiterhin führen die Familien Porsche und Piech die Rangliste klar an, auch wenn deren größtenteils in Stiftungen eingebrachtes Vermögen auf unter 35 Milliarden Euro gefallen ist. Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz (14,7 Milliarden) und Novomatic-Eigentümer Johann Graf (5,75 Milliarden) folgen auf den Podestplätzen. Obwohl auch der Wert der Novomatic Gruppe aufgrund der Ausfälle in der Corona-Krise tiefer angesetzt wurde als im Vorjahr, konnte Graf die Hauptaktionärin der deutschen Automobil-Zulieferer Schaeffler und Continental AG, Elisabeth Schaffler, wieder überholen.

Das Vermögen der 100 reichsten Familien in Österreich ist wegen der Covid-Pandemie in Summe erstmals seit langem etwas gefallen. Laut trend bringen sie es jetzt zusammen auf ungefähr 155 Milliarden Euro. Das sind knapp neun Prozent weniger als im Juni 2019. So verloren zum Stichtag Ende Mai 2020 alleine die von den VW-Großaktionären Porsche & Piech oder die von Schafflers gehaltenen Aktien über 3,5 Milliarden Euro an Wert. Auch eine Reihe anderer Unternehmensbeteiligungen, die den Großteil der Vermögen ausmachen, nahmen in der aktuellen globalen Rezession eine negative Entwicklung. Das Finanzvermögen blieb hingegen nahezu stabil, weil die Kapitalmärkte den Absturz im März fast wieder aufgeholt haben.

Viele Superreiche sind bisher aber auch sehr gut durch die Krise gekommen. Wie der trend schreibt, ist der Wiener Unternehmer Georg Stumpf einer der Aufsteiger. Seine deutsche M+W Gruppe mit dem Anlagenbauer exyte als Kerngeschäft gewinnt laufend an Wert. Mit 3,4 Milliarden Euro erreichte Stumpf als Neunter erstmals die Top-ten. Der Besitz des Investors Michael Tojner (Platz 15) ist ebenfalls wiederum gestiegen, da sich die Aktie des Batterieherstellers Varta, an dem Tojner die Mehrheit hält, fast verdoppelt hat. Er kommt nun auf 2,6 Milliarden. Sogar trotz massiver Probleme bei den Handelsaktivitäten seiner Signa Holding hielt sich René Benko gut – da sein Immobilienvermögen abermals zugelegt hat. Mit in Summe 4,3 Milliarden Euro liegt Benko schon auf Rang 6.

Neu in die Riege der Milliardäre stieg der Niederösterreicher Erich Erber (plus Familie) auf. Er verkaufte erst vor zwei Wochen den größten Teil seiner Group, die auf Futtermitteladditive und Tiergesundheit spezialisiert ist, um 980 Millionen an einen holländischen Konzern. Insgesamt zählt der trend derzeit 41 Milliardäre in Österreich.

„www.leadersnet.at“ 24.06.2020

Gütesiegel für "Betriebliche Gesundheitsförderung" für Admiral Österreich

Dem Glücksspiel- und Sportwettanbieter wurde das Gütesiegel der Österreichischen Gesundheitskasse zum wiederholten Male verliehen.



Admiral-Vorstandsvorsitzende Monika Racek, Admiral Sportwetten-Geschäftsführer Paul Kozelsky, ÖGK- Kundenserviceleiterin Elisabeth Gschiel und Beate Anglmayer vom ÖGK Kundenservice bei der Zertifikatsverleihung. © Admiral

Admiral Österreich wurde im Rahmen einer feierlichen Verleihung von Beate Anglmayer (Kundenservice ÖGK) und Elisabeth Gschiel (Leiterin Kundenservice ÖGK) die Auszeichnung zur "Betrieblichen Gesundheitsförderung" (BGF) als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für zahlreiche Maßnahmen überreicht. Damit darf Admiral nun auch für die Jahre 2020 bis 2022 das Gütesiegel des Österreichischen Netzwerks für BGF tragen.

"Das BGF-Gütesiegel unterstreicht unser Engagement für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus bestätigt es, dass wir bei der Förderung und beim Erhalt der Mitarbeitergesundheit auf einem guten Weg sind", freut sich Monika Racek, Vorstandsvorsitzende der Admiral Casinos & Entertainment AG, über die Auszeichnung. (red)

www.admiral.at

„APA“ 24.06.2020

Kurz-Marathon im U-Ausschuss war nur wenig ergiebig

Utl.: Befragung dauerte fünf Stunden - Bundeskanzler bestritt Postenschacher und Gefälligkeiten für Parteispenden

Wien (APA) - Einen Befragungsmarathon hat Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Ibiza-Untersuchungsausschuss hingelegt. Fünf Stunden lang beantwortete er mehr oder weniger Fragen zu möglichem Postenschacher in der türkis-blauen Regierung sowie Gefälligkeiten für Parteispenden. Das dies jemals der Fall gewesen sein könnte, bestritt der Regierungschef erwartungsgemäß. Auch emotional wurde es vereinzelt.

In seinem Eingangsstatement verteidigte Kurz die Art und Weise, wie Personalentscheidungen in einer Bundesregierung getroffen werden. Er habe die Regeln nicht erfunden, so Kurz. Das System habe seine Schwächen, "wir kennen aber kein besseres". Sollten etwa in der Casinos-Postenbesetzung Zuwendungen geflossen seien, dann müsse das strafrechtlich verfolgt werden. Aber nicht jede Personalentscheidung habe etwas "Anrüchiges". Er lehne pauschale "Anpatzversuche" ab.

Spenden von Novomatic habe die ÖVP jedenfalls nicht erhalten, sagte Kurz. Schließlich habe man alle Spender überprüft und aus gewissen Bereichen habe man keine Spenden angenommen, dazu zählte etwa der Glücksspiel-Bereich oder auch Waffenproduzenten. Zur Bestellung des früheren FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos erklärte Kurz, dass er dem wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. Er habe sich nie für den Freiheitlichen stark gemacht.

Früh entsponnen hat sich auch eine Debatte um die Offenlegung des Terminkalenders des Kanzlers. Dieser meinte, alle relevanten Unterlagen aus seiner ersten Amtszeit gesetzeskonform dem Staatsarchiv übermittelt zu haben. Der Opposition reicht das nicht, aber auch dem jetzigen Regierungspartner, den Grünen: "Wann sie zum Zahnarzt gegangen sind, interessiert uns nicht", meinte Fraktionsführerin Nina Tomaselli, ein Termin mit Casinos-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner aber schon.

Details zu seinem SMS-Verkehr mit dem damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache wollte Kurz laut eigener Aussage gerne beantworten - allerdings in einer geheimen Sitzung. Dazu kam es dann doch nicht. Der Bundeskanzler hatte gemeint, dass er aus Sicherheitsgründen seine SMS regelmäßig lösche, dafür gebe es Sicherheits-Aspekte, weil es auch andere Staaten betreffe.

Davor waren unterschiedlichste Untersuchungsthemen des Ausschusses behandelt, der der angeblichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung nachgehen soll. Etwa die Bestellung von Thomas Schmid zum ÖBAG-Vorstand. Dazu erklärte Kurz, dass er Schmid seit rund zehn Jahren kenne und in unterschiedlichen Funktionen mit ihm "immer gut zusammengearbeitet" habe. Die Entscheidung habe aber der Aufsichtsrat getroffen und auf diesen habe er keinen Einfluss genommen.

Mit der Spendenliste der ÖVP konfrontiert, meinte Kurz, dass er immer wieder Gespräche mit einzelnen Spendern geführt und sich zum Teil auch dafür bedankt habe. Zuständig sei aber der Finanzreferent der Partei. Zudem seien Großspenden von der ÖVP selbst veröffentlicht worden und öffentlich zugänglich. Überhaupt würden in der Partei strengere regeln gelten, als vor dem Rechnungshof, meinte der Kanzler.

Auf die Frage von Hafenecker, wer denn die Partei führt, wenn er denn nicht mitbekomme, was um ihn herum passiere, meinte Kurz: "Jetzt platzt mir gleich der Kragen." Persönlich wurde es, als Kurz verneinte, jemals den Austausch von Journalisten etwa im ORF gewünscht zu haben. Hier platzte dem einstigen "Kurier"-Chefredakteur und nunmehrigen NEOS-Mandatar Helmut Brandstätter der Kragen, er drohte dem Kanzler mit Gericht.

„APA“ 24.06.2020

U-Ausschuss - Kurz verteidigt Art der Personalentscheidungen

Utl.: ÖVP habe keine Spenden von Novomatic erhalten

Wien (APA) - Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat bei seiner Befragung im Ibiza-U-Ausschuss am Mittwoch in seinem Eingangsstatement die Art und Weise, wie Personalentscheidungen in einer Bundesregierung getroffen werden, verteidigt. Er habe die Regeln nicht erfunden, so Kurz. Das System habe seine Schwächen, "wir kennen aber kein besseres".

Allein mit den Grünen habe man in den vergangenen sechs Monaten über hundert Personalentscheidungen getroffen, erklärte Kurz: "Bei manchen bin ich informiert worden, andere habe ich aus der Zeitung erfahren." Zu den Vorwürfen der FPÖ gegenüber meinte Kurz, es sei "klar", falls Zuwendungen geflossen seien, dann müsse das strafrechtlich verfolgt werden. Aber nicht jede Personalentscheidung habe etwas "Anrüchiges". Er lehne pauschale "Anpatzversuche" ab.

Die Frage der Verfahrensrichterin Ilse Huber, ob die ÖVP Spenden von Novomatic erhalten habe, verneinte Kurz: "Wir hätten keine Spende der Novomatic angenommen." Schließlich habe man alle Spender überprüft und aus gewissen Bereichen habe man keine Spenden angenommen, dazu zählte etwa der Glücksspiel-Bereich oder auch Waffenproduzenten.

Zur Bestellung des früheren FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos erklärte Kurz, dass er dem wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. So richtig habe er diese "erst am Radar gehabt", als sie in den Medien war. Zudem hielt Kurz fest, dass er sich nie für Sidlo stark gemacht habe. Er habe auch nie mit einem Casinos-Aufsichtsrat gesprochen, "geschweige denn interveniert".

Zur sogenannten Schredder-Affäre erklärte Kurz, dass er glaube, dass es keine formale Anordnung dazu gegeben habe. Ihn beunruhige aber die Art und Weise der Darstellung. Denn der Mitarbeiter habe einen Fehler gemacht, aber wenn man die Fakten anschau, merke man schnell, dass es sich um Druckerfestplatten gehandelt habe und eine nicht bezahlte Rechnung von nicht einmal 100 Euro. Daher seien auch sämtliche Ermittlungen eingestellt worden.

Causa Ibiza: Der Vorsitzende des U-Ausschusses wehrt sich gegen die Vorwürfe

„Sidlo kenne ich nur aus den

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka leitet auch den Ibiza-Untersuchungsausschuss, der am Mittwoch weitergeht – u. a. wird sein Parteifreund und Kanzler Sebastian Kurz aussagen. Neos und SPÖ werfen dem Vorsitzenden Befangenheit vor – wegen angeblicher Nähe zu Novomatic-Leuten und zu ÖVP-nahen Personen.

Interview

Wolfgang Sobotka fackelt nicht lange. Nach einem Artikel in der „Krone“, der ihm wenig gefiel, weil in diesem seine mögliche Befangenheit als Leiter des Ibiza-Ausschusses thematisiert wurde, will er Stellung beziehen.

Die Opposition unterstellt Ihnen einmal mehr Befangenheit und fordert, dass Sie in der „ÖVP-Woche“ den Vorsitz des Ausschusses abtreten. Was entgegnen Sie?

Ich habe Verständnis, dass die Opposition kritisch sein muss – Kritik muss aber auch immer Substanz haben, sonst bleibt sie eine Unterstellung.

In der heißen Phase, als es um die Bestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo als Casinos-Vorstand ging, waren Sie bei Novomatic-Gründer Graf. Quasi zeitgleich gab es SMS-Verkehr zwischen Novomatic-Aufsichtsrat Oswald und Vorstand Neumann, in dem es um die Casinos Austria AG ging. Oswald haben Sie nur kurz davor bei Novomatic auch getroffen, so wie Ihren ehemaligen Pressesprecher Bernhard Krumpel, der da Novomatic-Sprecher war ...

Ich zeige Ihnen hier meinen Kalender. Ich hatte viele Termine an diesem Tag, an-

gefangen von einem Reha-Zentrum in Perchtoldsdorf über ein Autohaus und einen Gastronomiebetrieb. Dazwischen war der besagte Firmenbesuch. Es war AK-Wahlkampf. Postenbesetzungen bei den Casinos waren dort kein Thema. Der Name Sidlo ist mir nur aus Medienberichten bekannt. Mich ärgert, dass man hier eine Geschichte konstruieren möchte. Das geht nicht. Das kann ich so nicht hinnehmen.

Worum ging es bei den Gesprächen mit Graf?

Um wirtschaftspolitische Themen und moderne Arbeitnehmerpolitik.

Glücksspiellizenzen, wie sie jetzt im Ausschuss thematisiert werden, waren dort kein Thema. Novomatic ist

der Opposition **Medien“**

einer der größten Arbeitgeber in Österreich. Als ÖAAB-Vertreter spricht man natürlich mit Wirtschaftstreibenden.

Es gibt auch den Vorwurf, Sie hätten eine Nähe zu Novomatic über das Alois-Mock-Institut via Inserate ...

Das ärgert mich besonders. Irgendwo musste ich von „üppigen Inseraten“ lesen. 2019 haben wir zweimal 2500 Euro erhalten. Darüber können andere Vereine im parteinahen Umfeld nur müde lächeln.

Was erwarten Sie sich vom Ausschuss?

Ein U-Ausschuss ist kein Gericht, und ich habe auch keine inhaltliche Rolle. Was die Besetzung von Sidlo betrifft, erwarte ich mir klare Erkenntnisse. Erich Vogl



Wolfgang Sobotka ist verärgert über die Vorwürfe, er sei als Vorsitzender befangen.



Nur vier der zwölf Casinos im Inland spielen schwarze Zahlen ein, heuer droht ein Verlust von mindestens 60 Millionen Euro

Sanierungspaket für die Casinos

Verluste. ReFIT-Programm mit Job-Abbau, Staatsholding gegen Standort-Schließungen



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Die Casinos Austria stehen vor dem größten Restrukturierungsprogramm seit ihrem Bestehen. Den zwölf Inlandscasinos droht heuer ein Verlust von 60 Millionen, wenn nicht gar 100 Millionen Euro. Die Corona-Krise hat die bestehenden Strukturprobleme drastisch verschärft, der KURIER berichtete bereits.

Das Konzept von McKinsey unter dem Arbeitstitel „ReFIT“ ist so gut wie fertig. Die Berater erhalten dafür rund 500.000 Euro. Casinos-Generalsdirektorin **Bettina Glatz-Kremsner** wird das Sanierungsprogramm aber nicht bei der Aufsichtsratsitzung heute, Dienstag, präsentieren, sondern wegen

der Komplexität und des Umfangs bei einem dafür anberaumten Sonder-Aufsichtsrat Anfang Juli.

Kündigungen in größerem Umfang unter den insgesamt 2.000 Mitarbeitern in den Casinos und den 770 Beschäftigten im Head Office werden sich leider nicht vermeiden lassen. Wie viele der Mitarbeiter gehen müssen, ist noch nicht klar, einige Hundert Jobs dürften betroffen sein.

Die Schließung von Standorten will Glatz-Kremsner vermeiden, das wäre eine Worst-Case-Maßnahme. Auch aus dem Umfeld der Staatsholding ÖBAG hört man, dass Standort-Schließungen ein No-Go wären.

Die Casinos werden seit Jahren von den ertragreichen Lotterien, an denen die Casinos 74 Prozent halten, quersubventioniert. Nur die vier Standorte Wien, Bregenz, Innsbruck und Salzburg spielen schwarze Zahlen ein.

Ende Mai wurde das Kapital der Lotterien um 100 Millionen herabgesetzt, und 53 Millionen wurden den Casinos zugeschossen, die

wegen der Corona-bedingten Betriebssperren bereits ein Liquiditätsproblem hatten.

Die Staatsholding steht hinter Glatz-Kremsner und ihrem Vorstandskollegen **Martin Skopek**. Die ÖBAG habe vollstes Vertrauen in den Casinos-Vorstand, dass alle Maßnahmen gesetzt würden, um das Unter-

nehmen langfristig abzusichern, hört man aus Eigentümerkreisen. Der Syndikatsvertrag mit dem Mehrheits-eigentümer Sazka enthält weder eine Standort- noch eine Arbeitsplatz-Garantie, sondern nur Veto-Rechte. Der Vertrag ist außerdem noch gar nicht in Kraft, die für die nächsten Monate erwartete

Genehmigung der EU-Kommission steht noch aus.

Konzessionen

Das Unternehmen muss bis 2022, spätestens 2024, topfit aufgestellt sein. Ende 2027 laufen die Konzessionen für die sechs Stadt-Casinos ab, die Lotto-Lizenz endet am 30. September 2027. Daran hängt die attraktive Lizenz für Online-Gaming und die Automatenhallen (VLTs). Stark anzunehmen, dass das Finanzministerium diesmal früher international ausschreibt, um einen Pallawatsch wie bei den letzten Vergaben zu vermeiden.

Mit den Casinos-Lizenzen ist eine Betriebspflicht für die Standorte verbunden. Sollte das Unternehmen jedoch Lizenzen zurücklegen, müsste das jeweilige Casino trotzdem ein Jahr weitergeführt werden. In diesem Fall würde der Vorstand wohl mit der Aufsicht im Finanzministerium verhandeln. Es kann auch nicht im Interesse des Finanzministers sein, dem Unternehmen die Aufrechterhaltung defizitärer Standorte aufzuzwingen.

Teilstaatlicher Glücksspielkonzern

Eigentümer. Nach heftigen Auseinandersetzungen stieg der Novomatic-Konzern wieder aus, die 17,2 Prozent übernahm die tschechische Sazka Group, die nun 55,5 Prozent hält. Sazka gehört zum Mischkonzern des Milliardärs Karel Komarek. Die Republik Österreich hält über die Staatsholding ÖBAG 33,2 Prozent, 4,9 Prozent gehören der Privatstiftung Melchart, 5,3 Prozent hat das Bankhaus Schelhammer & Schattera, das zur Grazer Wechselseitigen gehört.

ÖBAG und Sazka haben einen Syndikatsvertrag geschlossen mit weitgehenden Rechten für Österreich.

U-Ausschuss

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt gegen etliche Beschuldigte. Novomatic wird vorgeworfen, den Ex-FPÖ-Bezirkspolitiker Peter Sidlo für die Unterstützung der FPÖ bei der Vergabe von Online-Konzessionen in den Casinos-Vorstand gehievt zu haben. Alle Beteiligten bestreiten das.

„APA“ 23.06.2020

U-Ausschuss: Sobotka verärgert über jüngste Vorwürfe

Utl.: Nationalratspräsident sieht "Unterstellung" der Opposition - Treffen mit Novomatic-Gründer im Zuge des AK-Wahlkampfes

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), zeigt sich verärgert über die jüngsten Vorwürfe, er sei als Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses befangen. Die NEOS hatten ihm ein Treffen mit Novomatic-Gründer Johann Graf in jener Zeit vorgehalten, als die Installierung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo im Casinos-Vorstand vorbereitet wurde. In der "Krone" sprach er von einer "Unterstellung".

"Ich habe Verständnis, dass die Opposition kritisch sein muss - Kritik muss aber auch immer Substanz haben, sonst bleibt sie eine Unterstellung", sagte Sobotka zu den Vorwürfen der NEOS. An dem Tag habe es viele Termine gegeben, als ÖAAB-Vertreter habe er sich zu der Zeit im Arbeiterkammer-Wahlkampf engagiert. Dazwischen habe der besagte Firmenbesuch stattgefunden, mit Postenbesetzungen habe dieser also nichts zu tun gehabt.

"Mich ärgert, dass man hier eine Geschichte konstruieren möchte. Das geht nicht. Das kann ich so nicht hinnehmen", so Sobotka.

„www.gamblinginsider.com“ 22.06.2020

Novomatic resumes operations at several European land-based venues



Novomatic Group has resumed operations in several European markets under strict health and safety measures, after the coronavirus pandemic forced a land-based shutdown in March.

Operations at many of the group's arcades and casinos in Germany, Italy, Spain and other Balkan regions have resumed, following the relaxation of lockdown restrictions recent weeks in its markets.

The supplier's resumption in different markets is aligned with various national government reopening roadmaps.

The health and safety measures include providing personal protective equipment to guests, rigorous disinfection protocols for gaming equipment, social distancing and limited interaction, and plexiglass panels at desk positions.

Preparations to provide safeguarding for guests and staff, and a safe gaming environment, have also been implemented at the group's B2C operator Luxury Leisure Talarius Admiral arcades in the UK, for when they reopen.

Novomatic board member Ryszard Presch said: "Safeguarding our guests and employees within our gaming operations is the number one priority in the organisation right now.

"Whereas our international brands and the reopening schedules in countries may differ, one thing remains the same for all of them: We will ensure our customers not only are safe but also feel safe and welcome."

In February, Harald Neumann resigned as Novomatic CEO due to family reasons, with Presch and Johannes Gratzl taking over board duties.